

„Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP) in der Kommune – weder billiger noch schneller oder besser“

Globale (Finanz-)Krise und Krise der Kommunen

Mit der Finanzkrise 2008 und der seitdem andauernden Eurokrise hat sich die Verschuldung in Bund, Ländern und Gemeinden weiter verschärft. Der gähnenden Leere kommunaler Kassen stehen die Profite großer Konzerne gegenüber, die Anlagemöglichkeiten suchen. Vor diesem Hintergrund wird die Privatisierung der Daseinsvorsorge verstärkt vorangetrieben.

Im Rahmen der neoliberalen Globalisierung hat die Europäische Union die Entwicklung hin zu immer mehr Öffentlich-Privaten Partnerschaften, besonders durch die vertraglich 1993 festgelegten sog. Maastricht-Kriterien, beschleunigt. Viele Kommunen sind überschuldet, sie unterliegen der Haushaltsüberwachung. Die Konsequenzen dieser Politik sind allerorten zu spüren. In den Kommunen wird Personal abgebaut („schlanker Staat“), notwendige Investitionen in Schulen und öffentlichen Einrichtungen unterbleiben. Laut dem Deutschen Institut für Urbanistik soll der „Investitionsstau“ für bauliche Maßnahmen im öffentlichen Bereich insgesamt ca. 140 Mrd. Euro betragen, in Köln bis 2040 bei rd. 16 Mrd. Euro. Dem Rotstift der SparpolitikerInnen fallen z.B. der Betrieb von Schwimmbädern und Kultureinrichtungen, vor allem aber auch der öffentliche bzw. öffentlich geförderte Wohnungsbau zum Opfer. Bezahlbarer Wohnraum wird immer knapper. Jugendeinrichtungen und Beratungsstellen werden personell ausgedünnt, ihre Angebote zusammengestrichen oder sie werden kurzerhand geschlossen.

Doch wem nützt das Verscherbeln des kommunalen Tafelsilbers?

Art. 28.2 des Grundgesetzes erlegt den Kommunen auf, für ihre Bevölkerung die örtlichen Angelegenheiten (die Daseinsvorsorge) selbstverwaltet zu regeln. Dazu gehören Leistungen der sozialen und wirtschaftlichen Infrastruktur im Bildungs- und Gesundheitswesen, in der Wasser-, Abwasser- und Energieversorgung, bei der Müllentsorgung, im Verkehrssektor (lokales Schienennetz, Busse und Bahnen, Straßenwesen), im Kultur- und Sportbereich, in der Altenpflege, in der Pflege von Grünanlagen. Die Erfahrung zeigt: Überall dort, wo private Unternehmen die Verfügungsgewalt über öffentliche Dienste übernehmen, werden Leistungen abgebaut, Stellen gekürzt, Arbeitsverträge verschlechtert und Arbeitsbedingungen erschwert. In England, einst Vorzeigeland des Neoliberalismus, werden angesichts der Pleite des Baukonzerns Carillion und der Probleme beim Nationalen Gesundheitssystem (NHS) die horrenden Folgen von Privatisierung offenbar - mit der Folge einer starken politischen Gegenbewegung. Einmal mehr wird deutlich, dass die Aufgaben der kommunalen Versorgung für die Menschen elementar sind und nicht dem Prinzip der Profitmaximierung zugunsten einer gesellschaftlichen Minderheit von Kapitaleignern geopfert werden dürfen!

Die haushaltspolitische Überwachung der EU: Einfallstor für ÖPP-Projekte

In Deutschland kostete die „Bankenrettung“ in Folge der Finanzkrise 2008 die deutschen SteuerzahlerInnen etwa 300 Mrd. Euro. Um die aufgelaufene Staatsverschuldung, an der die Kommunen in Deutschland einen Anteil von 332,3 Mrd. Euro (2015) haben, zu reduzieren, ratifizierten auf Betreiben Deutschlands alle EU-Staaten den seit 2013 in Kraft befindlichen sog. Fiskalvertrag. In mehreren Ländern, Deutschland voran, ist diese Schuldenbremse in die Verfassung aufgenommen worden. Danach werden der Verschuldung streng kontrollierte Obergrenzen gesetzt,

egal, welche Auswirkungen das auf das Leben der Menschen, besonders der ärmeren Bevölkerung, hat. Der Fiskalpakt gilt auch für die Länder, Kommunen und Sozialversicherungen. In ihrer Finanznot versuchen demzufolge immer mehr Bundesländer und klamme Kommunen, so auch Köln, die Schuldenbremse durch den Abschluss von ÖPP-Verträgen zu umgehen, indem sie öffentliche Unternehmen oder ausgelagerte Betriebsteile in GmbHs umwandeln. In privatrechtlicher Form können diese neue Schulden aufnehmen, der EU-Fiskalpakt greift hier nicht. Mit fatalen Folgen: Die von Rot-Rot-Grün in Berlin im Koalitionsvertrag 2016 vereinbarte „Schulbauoffensive“ entpuppt sich konkret als teure, intransparente und mit allerlei Tricks bewirkte Privatisierung des Baus und der Sanierung hunderter Schulen. Es ist das gegenwärtig wohl größte regionale ÖPP-Projekt in Deutschland, sieht man von der von der Großen Koalition 2017 im Bund beschlossenen Grundgesetzänderung zur Schaffung der rechtlichen Voraussetzungen für die Autobahnprivatisierung ab. Das geschieht ungeachtet der Lehren aus vorangegangenen ÖPP-Projekten wie die Vergabe von 88 Schulen des Landkreises Offenbach an die Baukonzerne Hochtief und Vinci 2004 mit einer vereinbarten Jahresmiete von 52 Mio Euro: Schon 2014 betrug die Miete 82 Mio Euro, bei Vertragsende 2019 werden die Eignerfirmen 95 Mio Euro Jahresmiete kassiert haben. Das beweist: Mit ÖPP-Projekten kommt eine noch höhere Verschuldung durch die Hintertür.

Köln schwimmt auf der Privatisierungswelle mit

Köln ist leider keine Stadt, die sich dem Privatisierungsdruck entgegenstellt. Kürzlich hat sie drei ÖPP-Verträge für den Schulbau abgeschlossen. Es gibt Pläne, die Krematorien zu privatisieren. Ein schwerer Schlag gegen eine demokratisch kontrollierte kommunale Wirtschaftspolitik wäre die Umwandlung des Amtes für Wirtschaftsförderung in eine GmbH. Angesichts dieses Kurses ist es unwahrscheinlich, dass die Reker-Koalition von CDU, FDP und Grünen und die Verwaltung in puncto Finanzkrise der stadteigenen Krankenhausgesellschaft (sie trägt die Kliniken Merheim, Holweide und Amsterdamer Straße) eine Lösung im Interesse der rund 4500 Beschäftigten und jährlich etwa 63.000 PatientInnen suchen wird. Dabei gibt es anderswo durchaus Erfolge zu verzeichnen, indem es gelang, Privatisierungen kommunal rückabzuwickeln (Rekommunalisierung der Berliner Wasserbetriebe). In Köln konnten Bürgerproteste 2016 die vom Rat gewollte Privatisierung des Kölner Großmarkts verhindern.

Bei unserer Veranstaltung am 1.10.2018 im DGB-Haus wollen wir die Hintergründe und Folgen von ÖPP-Projekten mit unseren Referenten näher beleuchten. Konkrete Perspektiven der Verhinderung oder Rückgängigmachung von Privatisierungen öffentlicher Dienste sollen diskutiert werden.